

Das Klima als Merkel-Propaganda

Sven Giegold

Die EU steckt in einer tiefen Krise. Der gemeinsame Markt für Waren und Kapital hat die Sozialsysteme der Mitgliedsländer in die Zange genommen. Viele Menschen sind unzufrieden mit sozialer Unsicherheit, prekären Jobs, wachsender Armut und Ungleichheit. Nun entdeckt die EU eine neue Quelle von gemeinsamer Identität: Die Rettung des Klimas. Vom EU-Rat kehrte Angela Merkel als strahlende Siegerin zurück. In der deutschen Öffentlichkeit wurde sie für zwei Beschlüsse bis 2020 gefeiert: 20% weniger CO₂, 20% erneuerbare Energien am Energiemix der Gemeinschaft. Solar-Papst Franz Alt jubelt: „Die sinnsuchende Gemeinschaft von 27 Ländern kann weltweit zum Motor der solaren Energiewende werden. ... Der Durchbruch für erneuerbare Energien und die Hoffnung auf die solare Energiewende wird künftig einen neuen Namen tragen: Angela Merkel.“

Mit dieser EU-Vorlage will die Gastgeberin nun beim G8-Gipfel in Heiligendamm die Klimawende durchsetzen. Die G8 hat ähnliche Probleme wie die EU. Zwischen den Mitgliedsländern gibt es enorme politische Spannungen und die unsozialen Ergebnisse ihrer neoliberalen Politik werden immer weniger akzeptiert. Die von der G8 maßgeblich bestimmten Institutionen des freien Welthandels und Kapitalverkehrs, Welthandelsorganisation (WTO) und Internationaler Währungsfonds (IWF), stecken in einer tiefen Krise. Jahrelanger Dauerbeschuss der globalisierungskritischen Bewegung vereint mit einigen progressiven Entwicklungsländern haben die Machtmaschine der Industrieländer gebremst. Die Verhandlungen in der WTO kommen nicht voran. Die Entwicklungsländer verlangen einen fairen Deal, die Industrieländer können ihre Interessenspolitik nicht mehr durchsetzen. Vom IWF will kaum ein Entwicklungsland seine vergifteten Kredite noch haben. Die G8 und ihre Gipfel sind weltweit zum Symbol der neoliberalen Politik geworden. Sowohl die Tatsache, dass nur die mächtigsten Länder einbezogen sind als auch die zerstörerischen Ergebnisse ihrer Politik, haben die G8 delegitimiert.

Trotzdem, selbst von einer dermaßen fragwürdigen Institution muss man fordern, den Klimaschutz voranzubringen. Nur Selbstmörder und Zyniker können es in der gegenwärtigen Klimakrise ablehnen, jeden Strohhalm zu ergreifen. Dies entspricht selbst einer alten Tradition, auch der Linken: So sehr die Kapitalisten auch verhasst waren - Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wurden von ihnen natürlich eingefordert. Es ist legitim, auch an eine illegitime Institution legitime Forderungen zu richten. Allerdings darf bezweifelt werden, ob effektive Klimapolitik mit der Politik der G8 vereinbar sind.

Da ist zunächst das Glaubwürdigkeitsproblem. Während Merkel international Klimaschutz deklariert, macht sie im Inland rückständige Politik und vertritt auf europäischer Ebene die Interessen der deutschen Verschmutzerindustrien. Deutschland hat kein Tempolimit. Wenn die EU strenge CO₂-Grenzwerte für PKW festlegen will, kommen die härtesten Querschüsse aus Berlin. Deutschland plant 6 neue Braunkohle- und 17 Steinkohlekraftwerke. Flugverkehr wird subventioniert, der Flughafenausbau öffentlich gefördert. Die Bahn als umweltfreundlichstes motorisiertes Verkehrsmittel soll nicht etwa massiv ausgebaut werden, sondern in die Hände privater Investoren fallen. Seit Jahren fehlt der Wille, konsequente Energieeffizienzpolitik neben dem erfolgreichen Ausbau erneuerbarer Energien zu verfolgen. Auch die EU wird voraussichtlich ihr international verbindliches Kioto-Minderungsziel von 8% der Treibhausgase gegenüber 1990 verfehlen. Die Minderungen werden entgegen der Zusagen nicht v.a. im Inland erbracht. Ohne Erfolge im Inland kann man jedoch von Schwellen- und Entwicklungsländern kaum Klimaschutzanstrengungen verlangen.

Noch größere Widersprüche gibt es zwischen der neoliberalen Globalisierung und effektiver Klimaschutzpolitik. Das Prinzip der Öffnung der globalen Märkte für Kapital und Waren ohne gleichzeitige soziale und ökologische Regulierungen führt in immer größere soziale Ungleichheit und Unsicherheit einerseits und Umweltzerstörung andererseits. Dieses Modell wurde und wird von der G8 und ihren Mitgliedsländern maßgeblich vorangetrieben. Es ist ein Fortschritt, dass größere Teile der politischen Eliten erkennen, dass ökologische Regulierungen unverzichtbar sind. Allerdings wird internationale Klimapolitik nur gelingen, wenn der Globalisierungsprozess sozial und demokratisch unter Kontrolle gebracht wird.

Entwicklungs- und Schwellenländer sind die Hauptleidtragenden des Klimawandels. Nach dem Verursacherprinzip müssen die Industrieländer für die Schäden aufkommen. Dazu sind angesichts von Flüchtlingsströmen, Dürren und Überschwemmungen enorme finanzielle Anstrengungen notwendig. Statt von den Entwicklungsländern die Rückzahlung der Schulden zu verlangen, wären diese zu streichen und die Entwicklungshilfe massiv zu erhöhen.

Außerdem benötigen die Entwicklungs- und Schwellenländer Zugang zu effizienten Technologien. Für die rasche Verbreitung zukunftsfähiger Technologien ist entscheidend, dass Entwicklungs- und Schwellenländer diese Technologien selbst produzieren und weiterentwickeln können. Dazu müssen geistige Eigentumsrechte innovationsfreundlich beschränkt und Schlüsseltechnologien in die Entwicklungsländer transferiert werden. Das ist genau das Gegenteil der von Angela Merkel für den G8-Gipfel geforderten scharfen Durchsetzung von Patenten weltweit. Ähnlich wie bei Medikamenten und Saatgut sind ressourcenschonende Technologien Überlebensstechnologien, die den Entwicklungs- und Schwellenländern weitgehend kostenlos zur Verfügung stehen müssen.

In den Industrieländern wird Klimaschutz nur durchsetzbar sein, wenn es in sozialer Hinsicht zu einer Trendwende kommt. Die notwendige Minderung des CO₂-Ausstoßes von minus 80% bis 2050 bedeutet, dass es zu einem tiefgreifenden Strukturwandel kommen muss. Darin liegen viele Chancen auf neue Jobs. Gleichzeitig werden viele Menschen sich umstellen müssen. Ein solches Maß an Veränderung wird nur bei sozialer Sicherheit akzeptiert. Mit neoliberaler Arbeitspolitik à la Hartz IV und Armutsrenten ist das nicht vereinbar. Ebenso ist kaum denkbar, dass die sich verschärfenden Unterschiede zwischen Arm und Reich mit anspruchsvollem Klimaschutz zusammengehen. Die steigenden Energiepreise werden der sozialen Spaltung eine weitere Dimension geben. Die einen können sich weiterhin Flugreisen und Luxuslimousinen leisten, während andere Probleme mit ihren Heizkosten bekommen werden. Unwahrscheinlich, dass dies akzeptiert wird. Klimaschutz braucht soziale Gerechtigkeit.

Klimapolitik ist also viel mehr als Umweltpolitik. Die Tiefe des notwendigen Wandels stellt grundlegende Gerechtigkeitsfragen. Solche wurden von Regierungen immer nur unter massivem öffentlichen Druck beantwortet. Diesen Druck sollten soziale Bewegungen, Nichtregierungsorganisation und Gewerkschaften in Heiligendamm massenhaft aufbauen.

taz, März 2007